

BN Kommentar zu Bauernprotesten am 17.1 in Nürnberg

Bauernproteste müssen endlich Ursachen angehen Kritik an Söders und Aiwangers Ablenkungsmanöver vom eigenen Versagen in der Agrarpolitik

Bauernproteste nur gegen Düngeverordnung und Insektenschutz sind zu wenig

„Die Proteste von Bäuerinnen und Bauern richten sich derzeit allen voran gegen die Auswirkungen einer jahrzehntelang verfehlten agrarpolitischen Weichenstellung, die nicht nur zu Umweltproblemen, sondern auch zum Bauernhofsterben geführt hat“, so Richard Mergner, BN Vorsitzender, und weiter: „Ministerpräsident Markus Söder und sein Stellvertreter Hubert Aiwanger tragen Mitverantwortung für eine falsche Agrar- und Subventionspolitik, die Bauernhöfe genauso auf die Rote Liste gebracht hat wie die Feldlerche oder viele Schmetterlinge. Wir brauchen eine ehrliche Partnerschaft zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, faire Preise und letztlich einen neuen Gesellschaftsvertrag

„Es ist verständlich, wenn sich Landwirte darüber beschweren, dass innerhalb von zwei Jahren Vorschriften zur Düngepraxis geändert werden. Die Ursachen liegen aber auch daran, dass jahrzehntelang versäumt wurde, schädliche Umweltauswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion mit einfachen Regulierungsmaßnahmen, wie einer flächengebundenen Tierhaltung oder Bestandsobergrenzen der Tierhaltung zu verhindern. Stickstoffüberschüsse sind auch durch überhöhte mineralische Stickstoffdüngergaben und überzogene Ertragserwartungen in der pflanzlichen Produktion entstanden. Wenn jetzt die EU eine strengere Düngeverordnung einfordert, um Versäumnisse zu regulieren, muss zumindest erreicht werden, dass Betriebe, die schon jetzt ökologisch wirtschaften oder durch extensive Tierhaltungsverfahren nicht Verursacher der Überdüngung sind, von zu hohen Auflagen weiterhin befreit bleiben.“, so BN Landesbeauftragter Martin Geilhufe.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17.01.2020

PM 003/20 LFG

Landwirtschaft

Gesellschaftliches Bündnis für eine neue Agrarpolitik

Ein großes gesellschaftliches Bündnis, dem sich der Bauernverband und die Initiatoren der heutigen Demonstration bisher nicht angeschlossen haben, demonstriert bereits im 10. Jahr anlässlich der Grünen Woche in Berlin für eine grundlegende Neuorientierung der Agrarpolitik. Diese muss an den Ursachen der Umwelt- und sozialen Probleme in der Landwirtschaft ansetzen. Insbesondere muss die Subventionierung von industriellen Agrar- und Massentierhaltungsbetrieben beendet und müssen die Direktzahlungen pro Fläche in berechnete Zahlungen an die Landwirtschaft für Umwelt- und Tierschutzleistungen umgewandelt werden.

Weltmarktausrichtung beenden

Die Intensivierung für Billigproduktion und Weltmarkt ruiniert langfristig nicht nur bäuerlichen Familienbetriebe, sondern bedroht auch die Menschenrechte. So wächst z.B. der Hunger in Südamerika parallel zur Expansion der Soja-Monokulturen, deren Soja-Lieferungen für die immer größeren Tierzuchtbetriebe in der EU unerlässlich sind. Gleichzeitig zerstören die Fleischüberschuss-Exporte in afrikanische Länder die Existenz vieler Hirten und Züchter, die mit den Billigimporten aus der EU nicht konkurrieren können und verarmen.

Kritik am System, nicht an den Bauern

„Die Bauernfamilien rangieren bei Umfragen zur gesellschaftlichen Bedeutung hinter Ärzten und Krankenschwestern auf den vordersten Plätzen. Viele besonnene Bürger wissen um den hohen arbeitszeitlichen Einsatz der Bauernfamilien, gerade in Tierhaltungsbetrieben. Viele wissen um deren begrenzten Lohn- und die wenige Freizeit und um den Beitrag der Bauernfamilien zum Gelingen der dörflichen Gemeinschaft“, so Stephan Kreppold, Sprecher des BN Arbeitskreises Landwirtschaft und selbst Bio-Bauer. Und weiter: „Wenn aber bei den genannten Erhebungen systembezogene Fragen gestellt werden, wie z.B.: „Wie gut werden die Nutztiere gehalten?“ Oder „Schädigt intensive, chemiebasierte Landnutzung Artenvielfalt und Wasserqualität?“, dann zeigen die Zustimmungswerte stark nach unten. Das heißt, der Bauer, die Bäuerin sind in Ordnung, bestimmte Produktionssysteme sind es nicht. Und wenn es so ist, dann muss das intensive Landnutzungs- und Tierhaltungssystem auf den Prüfstand“, so Kreppold.

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin, Tel. 0911 81 87 8 20

marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Martin Geilhufe, BN Landesbeauftragter, 0172 795 4607

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17.01.2020

PM 003/20 LFG

Landwirtschaft